IHK Berlin

POLITISCHE POSITION

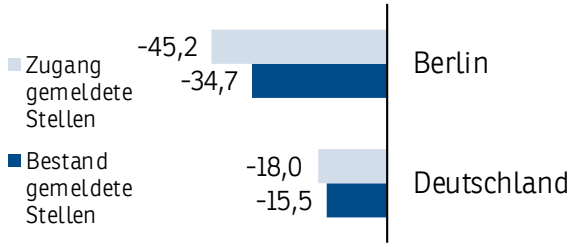
Anreize für Neueinstellungen schaffen!

Offene Stellen haben sich gegenüber dem Vorkrisenniveau stark reduziert. Dadurch erhöht sich die Arbeitslosigkeit trotz Kurzarbeit. Hinsichtlich der Langzeitarbeitslosigkeit droht daher ein Rückfall, der Deutschland einst den Namen „kranker Mann Europas" einbrachte. Aus diesem Grund braucht es jetzt bessere Rahmenbedingungen für Neueinstellungen.

Gerade in Berlin schlägt die geringe Personalnachfrage zu Buche

Im Februar 2021 gab es auf dem Berliner Arbeitsmarkt 55.328 Arbeitslose mehr als noch im Vorjahresmonat und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnet mittlerweile nur noch ein mageres Wachstum von 0,2 Prozent – wir laufen also neben einer gesundheitlichen und wirtschaftlichen auch auf eine Jobkrise hinaus, wenn nicht zeitnah gegengesteuert wird.

Gemeldete Stellen im Vergleich zum Vorjahresmonat, Februar 2021, in %

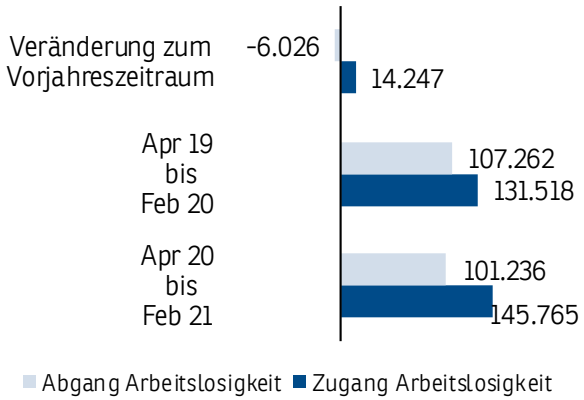


Ein Blick auf die ausgeschriebenen Stellen in Berlin verdeutlicht, wie besorgniserregend die Situation ist: So kamen mit 3.747 neuen Stellen im Februar nur rund die Hälfte im Vergleich zum Vorjahresmonat dazu. Und dies, obwohl der Jahresanfang 2020 auch schon im Zeichen sinkender Konjunktur stand. Dass fehlende Jobs ein Kernproblem sind, verdeutlicht auch die steigende Langzeitarbeitslosigkeit. Die Zahl derer also, die mindestens ein Jahr arbeitslos sind, ist im Gegensatz zum Vorjahr um 80 Prozent auf 67.298 Personen gestiegen. In diesen Zahlen sind diejenigen, die erst seit dem ersten Lockdown arbeitslos geworden sind, noch nicht erfasst. Der größte Schrecken könnte hier noch bevorstehen, wenn diese Menschen aufgrund fehlender Joboptionen in den nächsten Monaten in die Langzeitarbeitslosigkeit rutschen.

Stabilität beruhigt nur vordergründig

Kurzarbeit sorgt zwar in vielen Fällen dafür, dass der Arbeitsmarkt „einfriert". Wenn neue Jobs allerdings ausbleiben, ist langwierige Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Ebenso drohen unversorgte Jugendliche und Uni-AbsolventInnen früh arbeitslos zu werden und tragen dauerhafte Einschnitte im Erwerbsleben davon, die sich als sog. „Scarring-Effekte" in ihrer Erwerbsbiografie festmachen. Da der Berliner Arbeitsmarkt - gerade mit seinen starken Branchen wie dem Gastgewerbe - eine hohe Personalfluktuation aufweist, war es nach Entlassung bzw. dem Auslaufen einer Befristung üblicherweise rasch möglich, den nächsten Job anzunehmen. Jetzt landen Menschen unüblicherweise in der Arbeitslosigkeit.

Abgänge u. Zugänge in Arbeitslosigkeit, Berlin



Vorschlag liegt auf dem Tisch

Der beste Weg, um Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, ist die Schaffung neuer Stellen. Dazu fehlt vielen Unternehmen – insbesondere den KMU - gerade die nötige Planungssicherheit, nicht zuletzt aufgrund fehlender Öffnungsperspektiven. So droht wichtiges Fachkräftepotenzial verloren zu gehen, da bei Arbeitslosen mit der Zeit die Vermittlung in einen neuen Job unwahrscheinlicher wird und Qualifikationen veralten. Hier setzt der Vorschlag von u. a. IAB-ExpertInnen an, kurzfristige Anreize für Neueinstellungen zu geben. Dies könnte geschehen, indem bei neuen Jobs über einen bestimmten Zeitraum die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgesetzt und stattdessen aus dem Bundeshaushalt finanziert würden. Damit würde eine expansive Fiskalpolitik wirken, die nicht einfach breit streut, sondern gezielt Neueinstellungen unterstützt. Über die Hälfte der Unternehmen in der Berliner Wirtschaft unterstützen diesen Vorschlag. Ähnlich wie bei der Mehrwertsteuersenkung sind auch hier Mitnahmeeffekte nicht auszuschließen, dennoch zeigen u. a. Studien aus Frankreich, dass Einstellungszuschüsse sich unter dem Strich fiskalisch rechnen, da die eingesparten Sozialausgaben die Bruttokosten der Zuschüsse übersteigen.

Fachkräfte in Branchen halten, zusätzliche Synergien schaffen

Eine Förderung von Neueinstellungen würde dazu beitragen, Fachkräfte in den jeweiligen Branchen zu halten und eine ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften für den Re-Start in krisengebeutelten Branchen zu sichern. Ebenso könnte man Alternativen ermöglichen für Quereinsteiger, die sich aktuell beruflich umorientieren wollen, aber kein auf ihr Profil passendes Jobangebot finden. Zudem könnte der Neuanstellungsanreiz in Kombination mit einer befristeten Aussetzung des Vorbeschäftigungsverbotes ermöglichen, dass krisenbedingt freigesetztes Personal, zeitnah ins Unternehmen zurückgeholt werden kann. Das spart beim Wideranlaufen der Wirtschaft Recruiting-Kosten und wäre ein „Win" für alle Seiten. Zusätzliche wären Synergien möglich, wenn eine Offensive für Neueinstellungen mit entsprechenden Weiterbildungs- und Förderangeboten begleitet würde, die z.B. auf den durch Corona beschleunigten, technologischen Wandel ausgerichtet wären. Der Zeitpunkt muss genutzt werden, um wegzukommen von defensiven, punktuellen Maßnahmen, die vor Arbeitslosigkeit retten sollen, hin zu attraktiven Lernangeboten, um die Hürden des Lernens im Erwachsenenalter zu reduzieren. Um substanziell und unbürokratisch zu fördern, könnten auch neue Möglichkeiten wie beispielsweise ein Bildungsgrundeinkommen erprobt werden.

Land muss auf den Bund zugehen

Die Landespolitik sollte sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer Jobs verbessert werden. Jeder Euro, der hilft, zur früheren Beschäftigungsdynamik zurückzufinden, ist gut angelegtes Geld. Das können – wie oben vorgeschlagen - Entlastungen bei Sozialabgaben sein, Steuererleichterungen, aber auch eine bessere Förderung von Start-ups und forschenden Unternehmen sowie eine zielgerechtere Unterstützung für Betriebe, die trotz Corona in ihrem Ausbildungsengagement nicht nachlassen. Zudem bedarf es endlich einer kohärenten Fachkräftestrategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg.

ANSPRECHPARTNER/IN

Julian Algner und Julian Evans
Telefon: +49 30 31510-373
E-Mail: julian.algner@berlin.ihk.de